

Ingo Juchler

Wissenschaftsorientierung

1. Begriffliche Bestimmung

Gesellschafts-
politische
Ereignisse vor
der wissen-
schaftsorien-
tierten Wende

Lehren und Lernen in der Schule beruhten im weiteren Sinne schon immer auf wissenschaftlichen Erkenntnissen. Zu einer dezidiert wissenschaftsorientierten Prägung des Unterrichts kam es in der Bundesrepublik jedoch erst vom Beginn der 1970er-Jahre an. Vorausgegangen waren dieser wissenschaftsorientierten Wende eine Reihe von gesellschaftspolitisch einschneidenden Ereignissen und Analysen: Der sogenannte *Sputnik*-Schock von 1957 verursachte in den Vereinigten Staaten die Furcht, in diesen Zeiten des Kalten Krieges von der Sowjetunion im technologischen Bereich überflügelt zu werden, und löste in der Folge eine bisher nicht gekannte Bildungsexpansion an Schulen und Hochschulen in der westlichen Welt aus. Mit Verzögerung geriet auch in der Bundesrepublik die Bildungspolitik in Bewegung, maßgeblich unterstützt durch sozialwissenschaftliche Publikationen von Georg Picht und Ralf Dahrendorf, aber auch durch die studentische Protestbewegung der späten 1960er-Jahre. Picht hatte in seiner Untersuchung zur „deutschen Bildungskatastrophe“ insbesondere argumentiert, dass die Bundesrepublik im Vergleich zu anderen Industriestaaten ökonomisch ins Hintertreffen gelangen würde, wenn im Bildungsbereich nicht gegengesteuert würde (vgl. Picht 1964). Dahrendorf war es angesichts frappierender Disparitäten in der Verteilung von Bildungschancen vor allem um Bildung als ein Bürgerrecht zu tun (vgl. Dahrendorf 1965).

Deutscher
Bildungsrat

Wissen-
schaftsorien-
tierung in der
Schule

Diesen gesellschaftspolitischen Herausforderungen suchte der *Deutsche Bildungsrat* im Jahre 1970, mit einem elaborierten „Strukturplan für das Bildungswesen“ Rechnung zu tragen. Zentrales Merkmal schulischer Bildung sollte hinfort die Wissenschaftsorientierung sein: „Die Bedingungen des Lebens in der modernen Gesellschaft erfordern, dass die Lehr- und Lernprozesse wissenschaftsorientiert sind“ (Deutscher Bildungsrat 1970, 33). Wissenschaftsorientierung stehe in der schulischen Bildung dafür, „dass die Bildungsgegenstände, gleich ob sie dem Bereich der Natur, der Technik, der Sprache, der Politik, der Religion, der Kunst oder der Wirtschaft angehören, in

ihrer Bedingtheit und Bestimmtheit durch die Wissenschaften erkannt und entsprechend vermittelt werden“ (ebd.). Dabei sollte die Wissenschaftsorientierung von Lerngegenständen und Lernmethoden im Unterricht ungeachtet der jeweiligen Altersstufe gelten. Entsprechend soll sich auch heute im Verständnis der Kultusministerkonferenz der Länder die Gestaltung des Unterrichts am „Erkenntnisstand der Wissenschaft“ orientieren (vgl. KMK 2020, 6).

Wissenschaftsorientierung macht deshalb ein Unterrichtsprinzip aus. Wissenschaftsorientierte Lehr- und Lernprozesse sollen sicherstellen, dass die Bildungsgegenstände und die zu deren unterrichtlicher Vermittlung angewandten Methoden an der Maßgabe des jeweils aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisstandes ausgerichtet sind und sachlich adäquat vermittelt werden. Dabei sollten die Lernenden reflektieren, dass wissenschaftliche Erkenntnisse vorläufig und revidierbar sind, mitunter auch kontrovers innerhalb der Wissenschaften diskutiert werden. Dennoch gilt: „Die Fehlbarkeit der Wissenschaft ändert allerdings nichts an ihrem Anspruch, Tatsachenerkenntnis zu verschaffen“ (Keil 2019, 896). Vor diesem Hintergrund sollten Schülerinnen und Schüler üben, wissenschaftlich generierte Erkenntnisse über Tatsachen, etwa im Hinblick auf den anthropogen verursachten Klimawandel, von vorgeblich „alternativen Fakten“ zu differenzieren.

Unterrichts-
prinzip

Wissenschaftsorientierter Unterricht erfolgt unabhängig von Altersstufen, Schularten und Bildungsgängen. Dessen ungeachtet sind jedoch die jeweiligen lernpsychologischen Voraussetzungen der Schülerinnen und Schüler zu beachten, weshalb wissenschaftsorientierte unterrichtliche Lehr- und Lernprozesse in der Grundschule implizit verlaufen, in der Sekundarstufe I expliziter werden und in der gymnasialen Sekundarstufe II als Wissenschaftspropädeutik die Studierfähigkeit der Schülerinnen und Schüler fördern sollen.

2. Wissenschaftsorientierung als didaktisches Prinzip

2.1 Eigenheiten und Verfahren

In der unterrichtlichen Praxis bildet die Wissenschaftsorientierung ein didaktisches Prinzip, das im Unterschied zu anderen, wie etwa dem exemplarischen Lernen oder der Handlungsorientierung, permanent beachtet werden muss. Allerdings verläuft die Hinführung der Lernenden von ihrem lebensweltlichen Alltagswissen zu einem

Wissen- wissenschaftlich begründeten, sachangemessenen Verständnis von
schaftsorien- Unterrichtsgegenständen als allmählicher Prozess. Die Schülerinnen
tierung als und Schüler lernen peu à peu im Hinblick auf einen bestimmten
allmählicher Unterrichtsinhalt subjektives Glauben und Meinen von rational be-
Prozess gründeten Argumenten, die für alle nachvollziehbar sind, zu diffe-
renzieren. Dieses Vorgehen findet bereits in der Grundschule An-
wendung, in welcher die politische Bildung im Rahmen des Sach-
unterrichts integrativ unterrichtet wird. In dem Begriff des
Sachunterrichts kommt seit den 1970er-Jahren das wissenschaftsorien-
tierte Konzept des Faches zum Ausdruck, welches das zuvor im
wissenschaftlichen Sinne meist unkritisch unterrichtete Fach Hei-
matkunde ablöste (vgl. Kaiser 2010, 20 ff.).

Im Sachunterricht wie in der politischen Bildung der anderen
Schulstufen bildet die Wissenschaftsorientierung eine steuernde
Maßgabe, die angesichts wohlbegründeter didaktischer Reduktionen
und schülerorientierter Methoden eine Trivialisierung der Bildungs-
gegenstände verhindern soll. Gleichwohl meint ein am wissenschaft-
lichen Erkenntnisstand orientierter Politikunterricht keine Abbild-
Didaktik, „die das Schulfach nur als Propädeutik auf das Studium
der jeweiligen Wissenschaft missversteht und ihre Aufgabe allein in
der Herabtransformierung des jeweiligen Wissensstandes der Uni-
versitätsfächer auf die Fassungskraft von Schülern sieht“ (Glöckel
2003, 230 f.).

Entdeckendes Für eine behutsame Entwicklung von Fähigkeiten, die den Schü-
und forschenden lerinnen und Schülern ein wissenschaftsorientiertes Erschließen und
des Lernen Verstehen von Bildungsgegenständen ermöglicht, eignen sich in
besonderer Weise entdeckende Verfahren und forschendes Lernen.
Die Schülerinnen und Schüler können sich hierbei durch eigenständiges
Untersuchen, Darlegen und Argumentieren diejenigen Kompe-
tenzen aneignen, die auf wissenschaftsorientierte Erkenntnisse
zielende Verfahren grundsätzlich auszeichnen. Indem die Lernenden
ihren jeweiligen Erkenntnisgang für ihre Mitschülerinnen und Mit-
schüler nachvollziehbar und nachprüfbar argumentativ belegen,
verfahren sie entsprechend der in den Wissenschaften angewandten
Begründung von (neuen) Erkenntnissen – ohne dass sie dadurch zu
„kleinen Wissenschaftlern“ werden müssen. Instruktive Ansätze hier-
für bieten spielerische und forschende Methoden, Studienreisen und
Exkursionen sowie Methoden für komplexe Lernvorhaben wie Pro-
jekt, Sozialstudie und Zukunftswerkstatt (vgl. Ziegler/Jung 2010; die
Beiträge von Scholz, Detjen, Ciupke und Pohl in diesem Band).

Für die Wissenschaftsbestimmtheit des politischen Unterrichts lassen sich weiterhin einige Spezifika ausmachen, an welchen sich politische Lehr- und Lernprozesse in besonderer Weise ausrichten können. Diese politikdidaktischen Eigenheiten sind zwar auch in anderen Fachdidaktiken und in der allgemeinen Didaktik von Belang. Für die Planung und Durchführung wissenschaftsorientierter politischer Lehr- und Lernprozesse sind sie jedoch unabdingbar: Die Wissenschaftsorientierung der politischen Bildung wird durch die Interdisziplinarität des Schulfaches konstituiert, durch multiperspektivisches Arbeiten geprägt und intendiert die Befähigung der Schülerinnen und Schüler zu kritischem Denken.

Spezifika des
politischen
Unterrichts

2.2 Interdisziplinarität

Die erste Eigenheit, welche bei der Wissenschaftsorientierung in der politischen Bildung von besonderer Relevanz ist, rührt von dem Charakteristikum des Schulfaches als Integrationsfach her. Im Unterschied zu anderen Schulfächern wie etwa Deutsch, Mathematik oder Biologie sieht sich die politische Bildung nicht auf eine wissenschaftliche Bezugsdisziplin allein verwiesen. Zwar hat die Politikwissenschaft im „Ensemble der Bezugswissenschaften eine hervorgehobene Stellung“ inne (Massing 2007, 32). Doch sind für das Integrationsfach auch weitere wissenschaftliche Bezugsdisziplinen, namentlich die Soziologie, Wirtschaftswissenschaften, Rechtswissenschaft und Geschichte, von Bedeutung. In der politischen Bildung ist von einem weiten Politikbegriff auszugehen, der auch ökonomische Prozesse, geschichtliche Bedingtheiten sowie rechtliche, gesellschaftliche und ökologische Themen miteinbezieht (vgl. GPJE 2004, 9 f.).

Politische
Bildung als
Integrations-
fach

Zu den Inhaltsfeldern der politischen Bildung, auf welche der wissenschaftsorientierte Politikunterricht abstellen muss, zählen neben Themen der Ökonomie, Geschichte, Gesellschaft und des Rechts aber auch inhaltliche Bereiche, die selbst nur interdisziplinär zu erschließen sind, wie etwa ökologische Fragen und Umweltpolitik oder die Thematik des Globalen Südens. Darüber hinaus wird das Politische auch in belletristischer Literatur, der bildenden Kunst, in Film, Musik und Theater reflektiert. Hier lassen sich gleichfalls fruchtbare Lernanlässe für den Politikunterricht generieren, welche einen wissenschaftsorientierten Blick über den disziplinären Tellerand erforderlich machen.

2.3 Multiperspektivität

„Faktum der
Pluralität“

Wissenschaftsorientiertes Arbeiten in der politischen Bildung erfordert von den Lehrkräften zunächst – wie in den anderen Schulfächern auch – die multiperspektivische Strukturierung des Unterrichts im Hinblick auf die unterschiedlichen wissenschaftlichen Auffassungen bezüglich der unterrichtlich zu behandelnden Bildungsgegenstände. Darüber hinaus werden die Unterrichtsinhalte des Schulfaches politische Bildung in aller Regel auch in der politischen Öffentlichkeit kontrovers diskutiert, da sich Demokratien durch das Vorhandensein einer Pluralität von politischen Haltungen und Meinungen auszeichnen. Der Mensch ist in seiner Existenz bedingt durch das „Faktum der Pluralität“, nämlich durch die Tatsache, so Hannah Arendt, „dass nicht ein Mensch, sondern viele Menschen auf der Erde leben und die Welt bevölkern“ (Arendt 2001, 17; 279). Diese anthropologische Grundbedingung stellt mithin auch die Voraussetzung für das Vorhandensein eines öffentlichen politischen Raumes dar, in welchem die unterschiedlichen politischen Meinungen aufeinandertreffen können.

Anspruch an
Unterrichtsgestaltung

In der politischen Bildung wird diesem „Faktum der Pluralität“ durch den Beutelsbacher Konsens Rechnung getragen – was in Wissenschaft und Politik kontrovers diskutiert wird, muss auch im Politikunterricht kontrovers behandelt werden (vgl. den Beitrag von Müller in diesem Band). Diesem Anspruch können Lehrende bisweilen allerdings nur mit erheblichem Aufwand gerecht werden. Gerade in Situationen, in denen sich die Auswahl von verschiedenen, respektive kontrastiven Bildungsgegenständen schwierig gestaltet, ist angesichts des didaktischen Prinzips der Wissenschaftsorientierung für eine sachangemessene Auseinandersetzung der Schülerinnen und Schüler mit dieser politischen Thematik eine multiperspektivisch gestaltete Strukturierung der Unterrichtsinhalte vonnöten.

2.4 Kritisches Denken

Die Wissenschaftsorientierung erfordert von den Schülerinnen und Schülern, dass sie bei ihrem Erkenntnisgang unterschiedliche politische Meinungen, Perspektiven und Ausrichtungen rezipieren und sich mit diesen als Bildungsgegenständen kritisch auseinandersetzen, um schließlich zu einem eigenständigen politischen Urteil über die jeweils infrage stehende politische Thematik zu gelangen. Der semantische Gehalt des aus dem Griechischen stam-

menden Terminus Kritik meint gerade diese Fähigkeit: „Kunst der Beurteilung“.

Da die politische Urteilsfähigkeit – ungeachtet unterschiedlicher Konzeptionalisierungen derselben in der politischen Bildung (vgl. Massing 1997; Juchler 2012) – allgemein als übergeordnetes Ziel politischer Bildungsbemühungen in der Schule gilt, sind für die wissenschaftsorientierte Aneignung von Kenntnissen und Fertigkeiten im Politikunterricht Ausführungen von Hannah Arendt zum kritischen Denken instruktiv: „Kritisches Denken ist nur möglich, wo die Standpunkte aller anderen sich überprüfen lassen. Kritisches Denken also isoliert sich nicht von ‚allen anderen‘, auch wenn es noch immer ein ‚einsames‘ Geschäft ist. Um zu verdeutlichen: Kritisches Denken spielt sich nach wie vor in der Einsamkeit ab; doch durch die Einbildungskraft macht es die anderen gegenwärtig und bewegt sich damit in einem Raum, der potentiell öffentlich, nach allen Seiten offen ist“ (Arendt 1998, 60).

Politische
Urteilsfähig-
keit

Arendt verdeutlicht, dass das kritische Denken zwar durch Reflexion jedes Menschen „in der Einsamkeit“ zu vollziehen ist. Gleichwohl bedarf es hierzu einer pluralen Vielfalt von politischen Meinungen und Standpunkten anderer Menschen, die sich nachvollziehen und überprüfen lassen müssen. Erst nach Berücksichtigung und kritischer Abwägung dieser anderen Standpunkte sollten Schülerinnen und Schüler ihr eigenständiges politisches Urteil fassen und dieses argumentativ gegenüber anderen Menschen vertreten können. Die politische Urteilsfähigkeit muss sich schließlich in der politischen Öffentlichkeit bewähren, indem die Schülerinnen und Schüler – dann als Bürgerinnen und Bürger – die jeweils in Rede stehenden politischen Debatten reflektieren können. Zu dieser reflektierten Auseinandersetzung mit Gegenständen des Politischen gehört nicht allein die Rezeption von politischen Sachverhalten, sondern insbesondere das ideologiekritische Hinterfragen von Meinungen, Interessen und Machtverhältnissen, was im wissenschaftsorientierten Politikunterricht geübt werden kann – auch und gerade als Orientierung im „postfaktischen Zeitalter“ (vgl. Friedrichs 2019, 13 ff.).

3. Wissenschaftspropädeutik

Von der Wissenschaftsorientierung im politischen Unterricht aller Schularten und Schulstufen ist die Wissenschaftspropädeutik für die Sekundarstufe II zu differenzieren. Im Unterschied zur Wissen-

Vorbereitung
auf Studier-
fähigkeit

schaftsorientierung, die einen am wissenschaftlichen Erkenntnisstand ausgerichteten Umgang mit Bildungsgegenständen im Politikunterricht intendiert, zielt die Wissenschaftspropädeutik in der gymnasialen Oberstufe auf die Studierfähigkeit der Schülerinnen und Schüler. Dabei ist die wissenschaftspropädeutische Orientierung in der Sekundarstufe 2 auf fachspezifische Kenntnisse und methodische Fähigkeiten der Lernenden angewiesen, welche bereits in den vorangegangenen Schulstufen grundgelegt wurden. Die selbstständige Planung der Recherche eines politischen Untersuchungsgegenstands, die eigenständige Informationsbeschaffung über diesen Gegenstand aus unterschiedlichen Quellen und die mehrperspektivische Auseinandersetzung mit demselben sowie die Präsentation des Untersuchungsergebnisses mit Unterstützung durch unterschiedliche Medien sollten bereits in der Sekundarstufe 1 auf niedrigerem Niveau geübt worden sein. In der gymnasialen Oberstufe können die Arbeitstechniken der wissenschaftsadäquaten Recherche in Zeitungen, Zeitschriften und Fachbüchern sowie im Internet, der Umgang mit unterschiedlichen Materialien wie verschiedenen Textsorten, Statistiken, Grafiken, Karikaturen, Bildern und Filmen und die Vorstellung der jeweiligen Untersuchungsergebnisse durch Portfolios, Facharbeiten, mediengestützte Referate etc. eine Steigerung des Komplexitätsgrades sowie der inhaltlichen Tiefe der jeweiligen Arbeitsschritte erfahren. In diesem Zusammenhang lernen die Schülerinnen und Schüler hermeneutische und empirische Heuristiken sowie deduktive und induktive Vorgehensweisen kennen und anwenden. So erarbeiten sie sich heuristische Fähigkeiten, an welche sie im universitären Studium anschließen können.

Die der Sekundarstufe 2 angemessene wissenschaftspropädeutische Ausrichtung steht nicht im Widerspruch oder in Konkurrenz zu anderen didaktischen Prinzipien wie etwa der Handlungsorientierung (vgl. Moegling 2006). Doch kommt der Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf studiumsrelevante Kenntnisse und Fähigkeiten im Politikunterricht in der Sekundarstufe 2 eine besondere Bedeutung zu, wobei das Schulfach Politische Bildung – wie die anderen Schulfächer auch – eine ordnende Funktion ausübt, indem es „Ziele, Voraussetzungen und Realisierungsmöglichkeiten der pädagogischen Praxis in der Schule“ bündelt: „Die Erschließung neuer Möglichkeiten zur (wissenschaftlichen) Erkenntnisgewinnung erfolgt mithin über die Übernahme einer Fachperspektive, die sich aus der je spezifischen Auswahl von Gegenständen, Fragestellungen,

Methoden und paradigmatischen Problemlösungen eines Schulfachs sowie den darin verwendeten Begriffen und Kategorien konstituiert“ (Hahn 2008, 160 f.). Im Politikunterricht sind für diese wissenschaftspropädeutische Fachperspektive insbesondere die didaktischen Momente der Interdisziplinarität, Multiperspektivität und des kritischen Denkens von Relevanz.

Literatur

- Arendt, Hannah 1998: Das Urteilen. Texte zu Kants Politischer Philosophie. Hg. von Ronald Beiner. München/Zürich
- Arendt, Hannah 2001: Vita activa oder Vom tätigen Leben. München/Zürich
- Dahrendorf, Ralf 1965: Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik. Hamburg
- Deutscher Bildungsrat 1970: Strukturplan für das Bildungswesen. Stuttgart
- Friedrichs, Werner 2019: Der einbildende Bildner. Politische Bildung im postfaktischen Zeitalter. In: Deichmann, Carl/May, Michael (Hg.): Orientierungen politischer Bildung im „postfaktischen Zeitalter“. Wiesbaden, S. 13-28
- Glöckel, Hans 2003: Vom Unterricht. Lehrbuch der Allgemeinen Didaktik. Bad Heilbrunn
- GPJE 2004 (Hg.): Nationale Bildungsstandards für den Fachunterricht in der Politischen Bildung an Schulen. Ein Entwurf. Schwalbach/Ts.
- Hahn, Stefan 2008: Wissenschaftspropädeutik: Der „kompetente“ Umgang mit Fachperspektiven. In: Keuffer, Josef/Kublitz-Kramer, Maria (Hg.): Was braucht die Oberstufe? Diagnose, Förderung und selbstständiges Lernen. Weinheim/Basel, S. 157-168
- Juchler, Ingo 2012: Politisches Urteilen. In: Zeitschrift für Didaktik der Gesellschaftswissenschaften, H. 2, S. 10-27
- Kaiser, Astrid 2010: Neue Einführung in die Didaktik des Sachunterrichts. Baltmannsweiler
- Keil, Geert 2019: Über Tatsachen – An die Gebildeten unter ihren Verächtern. In: Forschung & Lehre, Jg. 26, H. 10, S. 895-897
- KMK 2020: Vereinbarung über die Schularten und Bildungsgänge im Sekundarbereich I. (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 03.12.1993 i. d. F. vom 26.03.2020.) https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/1993/1993-12-03-VB-Sek-1.pdf (20.02.2021)
- Massing, Peter 1997: Kategorien politischen Urteilens und Wege zur politischen Urteilsbildung. In: Massing, Peter/Weißeno, Georg (Hg.): Politische Urteilsbildung. Zentrale Aufgabe für den Politikunterricht. Schwalbach/Ts., S. 115-131
- Massing, Peter 2007: Bezugswissenschaften. In: Weißeno, Georg/Hufer, Klaus Peter/Kuhn, Hans-Werner/Massing, Peter/Richter, Dagmar (Hg.): Wörterbuch Politische Bildung. Schwalbach/Ts., S. 30-38

- Moegling, Klaus 2006: Politik unterrichten in der Sekundarstufe II. Handlungsorientierung versus Wissenschaftspropädeutik. Schwalbach/Ts.
- Picht, Georg 1964: Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation. Olten, Freiburg
- Ziegler, Béatrice/Jung, Michael 2010: Politik erforschen. In: Lange, Dirk/Reinhardt, Volker (Hg.): Basiswissen Politische Bildung. Handbuch für den sozialwissenschaftlichen Unterricht. Bd. 2: Strategien der Politischen Bildung. Baltmannsweiler, S. 72-84